



DGSP · Zeltfinger Strasse 9 · 50969 Köln

An die

Mitglieder des

Sozialausschusses des

Deutschen Bundestages

Bundesgeschäftsstelle:

Zeltfinger Strasse 9
50969 Köln
Telefon (0221) 51 10 02
Telefax (0221) 52 99 03
E-Mail: info@dgsp-ev.de
Internet: www.dgsp-ev.de



Mitglied der
World Federation
of Mental Health



Donnerstag, 17. Oktober 2019

Bewertung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten René Springer, Jörg Schneider, Martin Sichert, Jürgen Pohl und der Fraktion AfD zu den „Ursachen für den Zugang in Erwerbsminderungsrente“ vom 7.8.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit teilen wir Ihnen unsere Bewertung in der o. g. Angelegenheit mit. Wir hoffen, dass Sie unsere Bedenken nachvollziehen können und sich i. R. Ihrer Möglichkeiten gegen jede Diskriminierung und Missachtung von Menschen mit einer psychischen Erkrankung einsetzen werden.

In ihrer Anfrage benennt die AfD eingangs den „... Anteil der psychischen Erkrankungen (psychiatrischer Diagnosen) als Ursache für den Neuzugang in Erwerbsminderungsrente“ als zunehmend bedeutsam. In der Folge stellen die Verfasser zahlreiche Fragen zu diversen Aspekten und Zahlen über den Zugang zu teilweiser und voller Erwerbsminderungsrente. Sie fordern die Bundesregierung dazu auf, in ihrer Antwort alle Zahlen nach Nationalität, Staatsangehörigkeit und Verteilung auf die Bundesländer, Geschlecht und weitere demografische Daten zu strukturieren. Die Fragen beziehen sich dabei immer auf Menschen, die wegen einer psychischen Erkrankung ihren rechtlichen Anspruch auf Erwerbsminderungsrente im Zuge der üblichen fachlich basierten Gutachterverfahren realisiert haben. Des Weiteren wird u.a. nach den „volkswirtschaftlichen Verlusten durch die nicht genutzten Erwerbspotentiale von Menschen mit psychischen Erkrankungen ... bzw. Beziehen von Erwerbsminderungsrenten aufgrund einer psychischen Erkrankung ...“ gefragt. Es wird auch gefragt, ob es Kenntnisse der Bundesregierung über entsprechende Untersuchungen gibt.

Wie ist diese Anfrage seitens der AfD zu verstehen? Drückt sich hier ein ernstzunehmendes Interesse an der Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen und deren

Teilhabemöglichkeiten aus? Nein, dies ist nicht zu vermuten. Vielmehr werden hier Denk- und Sichtweisen deutlich, die nach dem gesellschaftlichen Nutzen von Menschen mit psychischen Erkrankungen bzw. nach der Belastung für die Gesellschaft fragen. Eine Perspektive, die längst überwunden galt, wird durch die AfD wieder eingenommen. Sie erinnert eindrücklich und erschreckend an das Menschenbild zu Zeiten der NS-Diktatur, die den Menschen mit Behinderungen aufgrund mangelnden volkswirtschaftlichen Nutzens das Lebensrecht abgesprochen und diese zehntausendfach ermordet hat.

Bereits mit ihrer Anfrage von April 2018 zum Thema „Schwerbehinderte in Deutschland“ hat die AfD ihr menschenfeindliches Bild von Menschen mit Behinderungen deutlich gemacht. Diese Anfrage löste zu Recht einen Proteststurm der Sozialverbände aus.

Es wird deutlich, dass von der AfD für Menschen mit Behinderungen und für eine humanitäre Kultur in unserer Gesellschaft eine große Gefahr ausgeht. Wir befürchten, dass diese Sicht auf Menschen mit Behinderungen deren Rechte auf Teilhabe und Inklusion in Frage stellen. Weitere Stigmatisierung und Diskriminierung dieser Menschen und deren Angehörige könnten die Folge sein. Dies ist nicht hinnehmbar!

Wir appellieren deshalb an alle Verantwortlichen in Politik, Verwaltung, in den Medien und den psychiatrischen Institutionen, diesen menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen entschieden entgegenzutreten! Solidarität mit Menschen mit Behinderungen ist offensiv zu zeigen und das Überschreiten „roter Linien“ auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen ist entschieden zurück zu weisen!

Deutsche Gesellschaft für

Soziale Psychiatrie e.V.

i.A. Richard Suhre

Der Vorstand

